

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Berlins Städtepartnerschaften weiterentwickeln – für eine Städtepartnerschaft mit Tel Aviv

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die bereits positiv verlaufenden Gespräche mit der Stadt Tel Aviv zu intensivieren, um die Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Tel Aviv zu vereinbaren.

Begründung:

Berlin und Tel Aviv sind seit Langem miteinander verbunden. Angesichts der Shoa, dem systematischen Völkermord an etwa sechs Mio. europäischen Jüdinnen und Juden in der Zeit des Nationalsozialismus, trägt Deutschland eine besondere Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk und dem Staat Israel. Diese Verantwortung gilt es - nichterst, aber besonders nach den barbarischen Angriffen auf israelische Zivilisten vom 7. Oktober 2023 durch die Terroristen der Hamas – mit einem starken Zeichen der Solidarität in das Bewusstsein der Stadtgesellschaft zu rücken. Diese Solidarität und unsere Hilfe für Israel und die israelischen Städte sind Teil unseres unverrückbaren Wertekompasses und bleiben Staatsräson. Für Berlin bietet eine Städtepartnerschaft mit Tel Aviv eine zusätzliche Möglichkeit eines starken Bekenntnisses zu dieser unverrückbaren Haltung.

Nach der Shoa wurde der deutsch-jüdische Dialog schon in den frühen Nachkriegsjahren aufgenommen. Heute sind Tel Aviv und Berlin in allen Bereichen des gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens in einem vitalen Austausch verbunden. Durch eine Städtepartnerschaft könnte dieser Austausch auf eine neue Grundlage gestellt und noch weiter intensiviert werden. So könnten insbesondere die starken Start-Up-Szenen beider Städte von einer intensivierten Zusammenarbeit profitieren. Tel Aviv und Berlin gelten in ihren Ländern als Zentren für Kultur, Technologie und Innovation. Ein verstärkter Austausch beider Städte

könnte auch hier Synergien schaffen und in den jeweiligen Bereichen befruchtend wirken. Nach dem Besuch des Regierenden Bürgermeisters in Tel Aviv im Februar 2024 sehen wir eine günstige Situation für das weitere Vorantreiben einer positiven Entwicklung mit dem Ziel der Begründung einer neunzehnten Berliner Städtepartnerschaft.

Berlin, den 18.03.2025

Stettner Cywinski Häntsch
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU

Saleh Kühnemann-Grunow
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der SPD